

Zwischen Verleugnung und Gedenken: die »Erinnerung« an die rechtsrheinischen Natzweiler-Außenlager nach 1945

Marco Brenneisen

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich freue mich, das letzte Panel dieses Colloquiums beginnen zu dürfen, das im Tagungsprogramm betitelt ist mit „Gedenken und Erinnern an »Natzweiler« auf beiden Seiten des Rheins“ bzw. in der französischen Fassung „Enjeux mémoriels en France et en Allemagne“. Wie Sie vielleicht bemerkt haben, weichen nicht nur diese beiden Titel, sondern auch der angekündigte Titel meines Vortrags in der deutschen und französischen Fassung¹ an einem wichtigen Punkt voneinander ab, auf den ich kurz eingehen möchte, bevor ich meine eigentlichen Ausführungen beginne:

Ich werde mich im Folgenden nicht, wie es die deutschsprachige Ankündigung vermuten ließe, mit der rechtsrheinischen Erinnerung an das Konzentrationslager Natzweiler befassen, sondern mit der Nachgeschichte, der Rezeption und der öffentlichen Erinnerung an diejenigen Konzentrationslager im deutschen Südwesten, die zwischen 1943 und 1945 als Außenlager bzw. Außenkommandos des KZ Natzweiler firmierten. Ich betone dies deshalb, weil die Außenlager – und dies betrifft den Großteil des nationalsozialistischen KZ-Systems – bisweilen noch heute irrigerweise als bloße Randerscheinungen der großen, international bekannten KZ-Stammlager interpretiert werden. Auch in vielen Städten Baden-Württembergs diente – soviel sei schon vorweggenommen – nach 1945 gerade der Hinweis, dass es sich in den einzelnen Orten um Außenkommandos von Natzweiler gehandelt hatte, als Mittel der Verharmlosung und als Rechtfertigungsstrategie, um sich nicht mit der Geschichte der Außenlager auseinanderzusetzen. Die über Jahrzehnte vorherrschende Meinung war in etwa: „Es waren keine »richtigen« Konzentrationslager, also können sie nicht so »schlimm« gewesen sein und bedürfen daher keiner besonderen Beachtung“. Dabei zeigt gerade das Beispiel Natzweiler, dass wir äußerst vorsichtig damit sein sollten, die von den Nationalsozialisten vorgenommene *Kategorisierung* des KZ-Systems mit der pauschalen Unterscheidung zwischen Stammlagern und Außenlagern blindlings in die wissenschaftliche Forschung, die historisch-politische Bildungsarbeit sowie die Gedenkstättenpädagogik zu übernehmen. Mehr als zwei Drittel

¹ Titel laut Tagungsprogramm: „Entre déni et commémoration: la mémoire des camps annexes à l’Est du Rhin après 1945 / Zwischen Verleugnung und Gedenken: die Erinnerung an Orten von Außenlagern rechts des Rheins nach 1945“.

der Häftlinge des »Natzweiler-Komplexes« waren ausschließlich in den Außenlagern inhaftiert und kamen zu keinem Zeitpunkt mit dem Stammlager selbst in Berührung; und dies, obwohl die Mehrzahl dieser Lager erst 1944 entstand, wie Herr Prof. Steegmann und Frau Dr. Glauning bereits gestern verdeutlicht haben. Dass fast die Hälfte der rund 40 rechtsrheinischen Lager erst nach der Evakuierung des Stammlagers sowie der linksrheinischen Außenlager errichtet wurde und das »KZ Natzweiler« somit ab Herbst 1944 nur noch in Gestalt der ins badische Neckartal umgezogenen Kommandantur sowie einer stetig wachsenden Zahl von Außenlagern in Südwestdeutschland bestand, ist wohl der markanteste Ausdruck der Reorganisation und Dezentralisierung des KZ-Systems im letzten Kriegsjahr. Es macht deutlich, dass sich die Errichtung neuer Konzentrationslager und deren Standortwahl in diesem Zeitabschnitt vordergründig an den Interessen der deutschen Kriegswirtschaft orientierte und die Zuordnung zu einem KZ-Stammlager weitgehend unter rein administrativen Gesichtspunkten erfolgte.

Heute existieren in Baden-Württemberg und darüber hinaus zahlreiche Gedenkstätten und Gedächtnisorte, die an die Natzweiler-Außenlager erinnern, deren Geschichte dokumentieren, als historisch-politische Lernorte fungieren und nicht zuletzt Orte der Trauer um die Opfer sind. Die aktuelle Gedenkstättenlandschaft in Baden-Württemberg wird Frau Thelen im Anschluss an meinen Beitrag näher erläutern. Ich möchte mich darauf beschränken, die Vor- und Entstehungsgeschichte dieser Gedächtnisorte bzw. die erinnerungskulturellen Entwicklungen in den einzelnen Orten von 1945 bis in die 1990er Jahre zu skizzieren.

Dabei lassen sich grob drei Phasen ausmachen: Zum einen, die unmittelbare Nachkriegszeit und die ersten Jahre der Bundesrepublik bis zur Aufhebung des Besatzungsstatuts mit den Pariser Verträgen im Jahr 1955; zweitens, der anschließende Zeitraum bis Ende der 1970er Jahre sowie drittens, die 1980er und 1990er Jahre.

In den ersten Jahren nach Kriegsende beschäftigte sich die deutsche Gesellschaft mehrheitlich nicht mit den ehemaligen Außenlagern. Die Gelände und Gebäude der Lager wurden meist ohne viel Aufhebens abgetragen oder neuen Zwecken zugeführt; das Gedenken und Erinnern an die Opfer wurde überwiegend den Angehörigen und den KZ-Überlebenden sowie den Alliierten überlassen; Erinnerungszeichen wie Holzkreuze oder kleine Gedenktafeln wurden von deutscher Seite in der Regel – wenn überhaupt – erst auf Anordnung der Besatzungsbehörden auf Friedhöfen und Massengräbern errichtet, wobei die Inschriften der Tafeln meist allgemein gehalten waren und

nur selten darüber Auskunft gaben, dass dort Opfer eines Konzentrationslagers begraben lagen. Eine bemerkenswerte Ausnahme bildet daher der KZ-Friedhof in Heilbronn-Neckargartach, der bereits 1946 von örtlichen Sozialdemokraten, Kommunisten und dem Vorsitzenden der evangelischen Kirchengemeinde geschaffen und gestaltet wurde und auf einem großen Mahnmal das Konzentrationslager klar benennt.

In nahezu allen anderen deutschen Orten, in denen sich ein Natzweiler-Außenlager befunden hatte, lässt sich der Umgang der Bevölkerung mit der Geschichte der Konzentrationslager für lange Zeit, nicht selten gar bis in die 1980er Jahre, mit den Begriffen Beschweigen, Verdrängen, Verharmlosen und Leugnen charakterisieren. Im Hinblick auf die Zeitzeugen-Generation scheinen mir hierbei (nach Auswertung einer Vielzahl von Behördenkorrespondenzen, Gemeinderatsprotokollen, Zeitungsartikeln, Leserbriefen, Mahnmalinschriften und Orts-Chroniken) drei Gründe ausschlaggebend gewesen zu sein:

Erstens, war die nationalsozialistische Ideologie selbstverständlich nicht schlagartig am 8. Mai 1945 verschwunden und die deutsche Gesellschaft über Nacht in aufarbeitungswillige Demokraten verwandelt. Das Fortbestehen nationalsozialistischer Denkmuster und personelle Kontinuitäten insbesondere auf den untersten Verwaltungsebenen in den Städten und Gemeinden setzten der »Aufarbeitung« von Beginn an enge Grenzen.

Zweitens, wurden die überwiegend ausländischen Opfer der späten Konzentrationslager auch von vielen Deutschen, die der NS-Ideologie eher passiv bis ablehnend gegenüber gestanden hatten, schlichtweg unter die Kategorie »Kriegsopfer« subsumiert. Die deutsche Bevölkerung war zunächst vor allem mit sich selbst beschäftigt: Neben den individuellen materiellen Nöten und dem Wiederaufbau ausgebombter Städte stand für sie die persönliche Trauer um im Krieg gestorbene Familienangehörige und Freunde im Vordergrund. Der Tod der KZ-Häftlinge wurde dabei gleichsam aus dem Kontext von Verfolgung und KZ-Haft gerissen und die Opfer der Lager eher als gefallene Kombattanten der militärischen Gegner Deutschlands interpretiert. Wir können dies unter anderem daran ablesen, dass die Grabanlagen der KZ-Opfer im amtlichen Schriftverkehr wie auch auf Hinweisschildern und im »Volksmund« jahrzehntelang (mit Ausnahme Neckargartachs) ausschließlich als »Ausländer-Friedhöfe«, »Alliierten-Friedhöfe« oder schlicht »Ehrenfriedhöfe« bezeichnet wurden; ein Hinweisschild mit der Aufschrift »KZ-Friedhof« wurde erstmals 1963 auf Drängen der *Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes* (VVN) und anderer Organisationen errichtet. Und auch dies sollte bis in die 1980er Jahre eine Ausnahme bleiben.

Ein dritter – und meines Erachtens besonders bedeutender – Grund für das Beschweigen und

Verdrängen der KZ-Außenlager nach 1945 dürfte vielerorts auf das Verhältnis zwischen Zivilbevölkerung und Lager zur Zeit dessen Bestehens zurückzuführen sein. Zahlreiche Außenlager hatten sich in unmittelbarer Nähe, zum Teil auch innerhalb der Städte und Dörfer befunden, waren also zu einem gewissen Grad in lokale Strukturen eingebettet. Christine Glauning hat in ihrer Studie zum KZ Bisingen darauf hingewiesen, dass die strikte Trennung zwischen KZ und Dorf im letzten Kriegsjahr eine Illusion war, da die Grenzen zwischen Lager und Zivilgesellschaft zusehends verschwammen, weshalb Dorf- und Lageralltag immer näher aneinander rückten. Häufig entstand so ein ausgeprägtes Beziehungsgeflecht zwischen der Lager-SS und dem Ort. Lebensmittel wie Brot und Gemüse wurden von heimischen Bäckern und Landwirten bezogen, die Wachmannschaften besuchten lokale Gaststätten und verbrachten ihre Freizeit in der Umgebung, es entstanden Freundschaften und Liebesbeziehungen zwischen der SS und Einheimischen. Gerade in ländlichen Gegenden bildete das KZ dadurch in einigen Fällen geradezu einen Wirtschaftsfaktor für einheimische Gewerbetreibende und verschaffte den kriegsbedingt ausgedünnten Orten sozusagen neue Einwohner. Dass somit häufig ein nicht unbeträchtlicher Teil der Lokalbevölkerung in der ein oder anderen Weise von dem Konzentrationslager profitierte, war Vielen bewusst und sollte die öffentliche Beschäftigung mit den Lagern nach Kriegsende für lange Zeit prägen. Die Furcht vor kollektiver Strafverfolgung gegen die einheimische Bevölkerung durch die Alliierten, führte nach meiner Einschätzung vielfach zu einer Art *Ortssolidarität*, die darin bestand, einen Mantel des Schweigens über die Geschichte der Lager zu legen. In denjenigen Fällen, in denen dies aufgrund von Interventionen seitens der Besatzungsbehörden oder von Überlebenden nicht gänzlich möglich war, bestimmten zwei zentrale Narrative die Diskurse über die KZ-Außenlager bis in die 1980er und 1990er Jahre: Zum einen, die Behauptung, nichts gewusst zu haben; zum anderen der Verweis auf Hilfsleistungen der Einheimischen für die Häftlinge. In kaum einem Zeitzeugen-Bericht von deutschen Zivilpersonen fehlt der Hinweis darauf, dass die Bevölkerung den Inhaftierten häufig Brot, Lebensmittel und Tabak zugesteckt habe. Zweifelsohne gab es derlei Hilfsleistungen in nahezu allen Außenlager-Orten, doch handelte es sich hier in der Regel um Einzelfälle und keinesfalls um das Verhalten der Mehrheitsbevölkerung, wie die Zeitzeugenberichte meist suggerieren.

Ob und wie in der Nachkriegszeit die Außenlager öffentlich thematisiert wurden und der Opfer gedacht wurde, hing letztlich vor allem davon ab, ob Überlebende an den Stätten des Terrors erste Erinnerungszeichen anbrachten bzw. die Besatzungsbehörden auf die Lager und Massengräber

hinwiesen. Denn mit Ausnahme des KZ Vaihingen, das Anfang April 1945 von der französischen Armee befreit wurde, waren alle Natzweiler-Außenlager in den Tagen oder Wochen vor dem Eintreffen der Alliierten evakuiert worden, sodass häufig bereits bei Kriegsende die Spuren verwischt waren und äußerlich nichts mehr auf ein Konzentrationslager hinwies.

Mit wenigen Ausnahmen waren es vor allem westeuropäische Überlebende, die die amerikanischen und französischen Behörden auf die ehemaligen Konzentrationslager aufmerksam machten, wohingegen die in ihre Herkunftsländer zurückkehrenden Überlebenden aus Osteuropa bald hinter dem sogenannten »Eisernen Vorhang« verschwanden und kaum die Möglichkeit fanden, sich in Deutschland Gehör zu verschaffen. Dies hatte zur Folge, dass insbesondere in der amerikanischen Zone diejenigen KZ-Außenlager, in denen ausschließlich oder überwiegend osteuropäische Häftlinge inhaftiert waren, völlig aus dem öffentlichen Bewusstsein verschwanden und zum Teil über Jahrzehnte in Vergessenheit gerieten, wie etwa in Frankfurt, Mannheim-Sandhofen, Schwäbisch Hall-Hessental oder Walldorf.

Der Umgang der französischen und amerikanischen Besatzungsmächte mit den KZ-Außenlagern unterschied sich - wie bereits angedeutet – deutlich und bildete je auf seine Weise oft die Grundlage der weiteren Rezeption der Konzentrationslager in den folgenden Jahren und Jahrzehnten.

Für die US-Behörden stand, neben dem regen technischen Interesse an deutschen Rüstungsgütern, die Versorgung der Millionen von *Displaced Persons* in ganz Europa, die politische Entnazifizierung und Demokratisierung Deutschlands sowie der Wiederaufbau im Vordergrund. Die würdige Gestaltung von KZ-Gräbern sowie die Errichtung von Erinnerungsmalen an diesen Orten wurde dagegen – allzu gutgläubig – den im Entstehen begriffenen demokratischen deutschen Behörden anvertraut. Dass diese sich der Verantwortung mehrheitlich entzogen hat, habe ich bereits geschildert.

In der französischen Besatzungszone gestaltete sich die Situation grundsätzlich anders: Die Suche nach den etwa 100.000 Französisinnen und Franzosen, die in deutsche Konzentrationslager verschleppt worden waren, galt als nationale Aufgabe. Erklärtes Ziel war es nicht nur, den Überlebenden schnellstmöglich die Rückkehr nach Frankreich zu ermöglichen, sondern auch, den getöteten Landsleuten würdige Grabstätten zu verschaffen. Aus nachvollziehbaren Gründen misstrauten die französischen Militärbehörden diesbezüglich der Lauterkeit der Deutschen, wurden stattdessen selbst aktiv und ordneten in einigen Fällen Bürgermeister- und Landratsämter unter Strafandrohung an, bestimmte Maßnahmen zu ergreifen.

In vielen Orten ehemaliger Natzweiler-Außenlager in der französischen Besatzungszone wurden daher schon in den ersten Nachkriegsjahren KZ-Massengräber geöffnet, Exhumierungen durchgeführt und aufwendige Versuche unternommen, mittels verfügbarer Listen die Opfer zu identifizieren. Da sich diese Identifizierungen jedoch äußerst schwierig gestalteten, wurden die Toten meist wieder vor Ort beigesetzt, neue Grabanlagen geschaffen und KZ-Friedhöfe angelegt. Am Fuß der Schwäbischen Alb etwa, schufen die Besatzungsbehörden bis 1947 drei große KZ-Friedhöfe in Schömberg, Schörzingen und Bisingen, auf denen insgesamt fast 3.500 Opfer der dortigen Konzentrationslager bestattet wurden, die zuvor aus Massengräbern geborgen worden waren. Neben zentralen Hochkreuzen (bzw. in Schörzingen einer kapellenähnlichen Gedenkhalle) wurde dort mit französischsprachigen und lateinischen Tafeln der Toten gedacht; zudem wurde für jedes Opfer ein kleines Holzkreuz auf den Gräbern errichtet.

Weitere Grabanlagen wurden in Haslach, Tailfingen und Spaichingen geschaffen.

Darüber hinaus bemühte sich die französische Militärregierung, auch in der US-Zone Exhumierungen durchführen zu dürfen, was jedoch an bürokratischen Hürden scheiterte. Erst nach Gründung der Bundesrepublik war es aufgrund einer deutsch-französischen Übereinkunft möglich, auch in der bisherigen amerikanischen Zone nach KZ-Gräbern zu suchen sowie dort würdevolle Ruhestätten anzulegen. In Kochendorf, Leonberg, Vaihingen und Binau wurden Gräber von französischen Stellen geöffnet und die Toten exhumiert; bis 1954 konnten so fast 500 identifizierte westeuropäische Opfer in ihre Herkunftsländer umgebettet werden, während die nicht-identifizierbaren Toten erneut in den deutschen Städten und Gemeinden beigesetzt wurden. In diesem Zusammenhang sind vor allem die Aktivitäten ehemaliger Häftlinge, genauer gesagt der in der Dachau-Amicale organisierten französischen Überlebenden der Natzweiler-Außenlager hervorzuheben, die die Exhumierungen oftmals initiierten und selbst Erinnerungszeichen wie Tafeln und Mahnmale errichteten. Mit Ausnahme eines Gedenksteins in Neckargerach und einer kleinen Tafel in Neckarelz blieben diese jedoch weiterhin auf Grabstätten beschränkt; an den »Tatorten«, d.h. dort, wo sich die Lager und Zwangsarbeitsstätten befunden hatten, erinnerte spätestens Mitte der 1950er Jahre kaum noch etwas an die dort verübten Verbrechen.

Denn in der deutschen Bevölkerung herrschte derweil eine ausgeprägte Schlussstrich-Mentalität vor, die sich nicht zuletzt darin ausdrückte, dass die einzige Beschäftigung mit den ehemaligen Lagern in der Pflege und Instandhaltung der bestehenden Grabstätten durch die Kommunen bestand. Zwar wurden von Mitte der 1950er bis Ende der 1970er Jahre in mehreren Orten nun auch

deutschsprachige Erinnerungstafeln und Mahnmale errichtet, doch entstanden diese mehrheitlich noch immer erst auf Drängen von Überlebenden, Opferverbänden und lokalen Einzelpersonen. Zudem verschwiegen die von deutschen Behörden angebrachten Erinnerungszeichen dieses Zeitabschnitts häufig mehr als sie aussagten. Meist bestanden sie – ungeachtet der hohen Zahl jüdischer Opfer – aus christlichen Symbolen und kontextlosen, nivellierenden sowie nebulösen Inschriften, die keinerlei Hinweis darauf gaben, um welche Opfer es sich dort handelte und keine Auskunft über die Konzentrationslager gaben. Beliebte Mahnmalinschriften waren etwa „Zu Ehren der Toten des Zweiten Weltkriegs“, „Den Toten unbekanntem Namens aus vielen Ländern Europas“, „Hier ruhen Opfer einer Gewaltherrschaft in dunkler Zeit“ oder „Den Opfern ruchloser Gewalt“. Ein besonders gravierendes Beispiel des Verschweigens der KZ-Opfer bot die Stadt Reutlingen bereits im Jahr 1952: Auf dem Friedhof „Unter den Linden“ befinden sich die Aschen von 128 überwiegend jüdischen Häftlingen aus 15 Nationen, die 1944/45 in den Außenlagern Hailfingen, Bisingen, Dautmergen und Schömberg ums Leben kamen. Auf dem von der Stadtverwaltung errichteten Mahnmal in Form eines Sarkophags ist jedoch lediglich zu lesen: „Den Opfern der Gewalt 1933-1945“.

Eine ernsthafte gesellschaftliche wie auch geschichtswissenschaftliche Auseinandersetzung mit der Geschichte der Natzweiler-Außenlager sowie Aktivitäten zum Gedenken an die Opfer setzten letztlich erst Anfang der 1980er Jahre ein, als sich in zahlreichen Orten zivilgesellschaftliche Initiativen gründeten, die sich der jeweiligen Lagergeschichte annahmten, sich auf »Spurensuche« begaben, forschten und sich für Erinnerungszeichen und Gedenkstätten einsetzten.

Die sogenannte »Gedenkstättenbewegung« jener Jahre setzte sich überwiegend aus politischen, gewerkschaftlichen oder konfessionellen Gruppen, aus bürgerschaftlichen Initiativen oder Jugendringen zusammen; die Mehrzahl der Aktivist_innen gehörte den Nachkriegsgenerationen an. Sie wandten sich gegen das kollektive Beschweigen der Eltern- und Großelterngeneration und rückten das Leid der Opfer in den Mittelpunkt. Sie machten überlebende Häftlinge, aber auch Zeitzeugen aus der Bevölkerung ausfindig und versuchten sowohl mittels »klassischer« Archivquellen als auch mit den Methoden der sich gerade erst herausbildenden *Oral History* die Geschichte der Konzentrationslager sowie die Ausbeutungsverhältnisse zu rekonstruieren. Nach dem Zerfall der Sowjetunion rückte seit Anfang der 1990er-Jahre außerdem der Leidensweg der osteuropäischen KZ-Opfer verstärkt in den Blick.

Der eigene Anspruch der Initiativen war es von Beginn an, zum einen die begangenen Verbrechen zu dokumentieren und die Bevölkerung aufzuklären, verbunden mit der Aufforderung zur (Selbst-)Reflexion und dem Appell, eigenes Tun und Handeln daran auszurichten, dass sich derartige Verbrechen nicht wiederholen können. Zum anderen war es ein erklärtes Ziel, den Opfern ihre Würde wiederzugeben, ihrer zu gedenken und die Erinnerung wachzuhalten.

Vielerorts wurden daher in den 1980er-Jahren erstmals Mahnmale, Erinnerungstafeln und Gedenksteine errichtet; bestehende Erinnerungszeichen wurden ergänzt. Die Inschriften der Mahnmale beinhalten seitdem meist aussagekräftige Informationen über die Verbrechen.

Nicht zuletzt galten die Bestrebungen der Initiativen der Schaffung von Gedenkstätten und Erinnerungszeichen an den historischen Orten, um das bislang meist auf Friedhöfe und Grabanlagen reduzierte Gedenken dorthin zu tragen, wo sich die Lager und Arbeitsstätten befunden hatten. Diese Prozesse verliefen in den wenigsten Fällen konfliktfrei. Oft waren sie geprägt von zum Teil langjährigen Auseinandersetzungen mit der lokalen Bevölkerungsmehrheit, die den Initiativen anfangs kritisch bis ablehnend gegenüberstand. Die Existenz eines Konzentrationslagers vor Ort wurde nicht selten bestritten oder durch Vergleiche mit anderen Gewaltherrschaften bagatellisiert; Gedenkstättenaktivist_innen wurden als Linksextremist_innen und »Nestbeschmutzer« diffamiert, die durch die Schaffung einer Gedenkstätte die Ortsbevölkerung zu stigmatisieren beabsichtigten. Nichtsdestotrotz bewirkten letztlich genau diese Konflikte einen Wandel im Umgang mit der lokalen NS-Geschichte, da sie im Wortsinn eine gesellschaftliche Auseinandersetzung mit den vor Ort begangenen Verbrechen darstellten, die Themen Zwangsarbeit und KZ-Haft im öffentlichen Bewusstsein verankerten und die Herausbildung lokaler Erinnerungskulturen beförderten.

Neben zahlreichen Gedenk- und Informationstafeln, Geschichtslehrpfaden, Mahnmalen, Gedenksteinen und Stelen zur Erinnerung an Zwangsarbeit, Konzentrationslager und Todesmärsche entstanden seit 1989 in Baden-Württemberg elf Dokumentations- und Gedenkstätten, die über die Geschichte der Natzweiler-Außenlager sowie die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Häftlinge informieren: die Gedenkstätte „Eckerwald“ in Schörzingen im Jahr 1989, gefolgt von den KZ-Gedenkstätten Mannheim-Sandhofen, Bisingen, Kochendorf, Haslach, Neckarelz, Hessental, Leonberg, Vaihingen/Enz, Hailfingen-Tailfingen sowie ein offener Gedenk- und Lernort neben dem KZ-Friedhof in Schömberg. Der Eröffnung der Ausstellungen war stets ein mehrjähriges Engagement der jeweiligen Initiativen vorausgegangen, die sich seit 1994 in einem Gesprächskreis vernetzten, aus dem heraus sich die heutige *Landesarbeitsgemeinschaft der Gedenkstätten und Gedenkstätteninitiativen Baden-Württemberg* (LAGG) entwickelte, in der überwiegend NS-

Gedenkstätten und Erinnerungsorte jüdischer Geschichte und Kultur vertreten sind.